

Stand: 20.04.2026 06:31:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25383

"Erst Integration, dann Staatsbürgerschaft - Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht aufweichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25383 vom 30.11.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25480 vom 01.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 01.12.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Andreas Lorenz, Dr. Stephan Oetzingler, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Erst Integration, dann Staatsbürgerschaft – Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht aufweichen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont die Bedeutung der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie der Anstrengungen um die Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, auf Bundesebene für eine deutliche Beschleunigung der Visa-Verfahren an den deutschen Auslandsvertretungen einzutreten, damit dringend benötigte Fachkräfte zügig angeworben und eingesetzt werden können.
2. Der Landtag stellt fest und bekennt sich dazu, dass der Freistaat, auch gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft, viele Maßnahmen ergreift, um die Integration voranzutreiben.
3. Der Landtag sieht den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als das Ergebnis eines erfolgreichen Integrationsprozesses, auf das es sich lohnt hinzuarbeiten: Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten will, muss sich bereits gut in unsere Gesellschaft integriert haben. Gewährleistet wird das unter anderem durch einen mehrjährigen Mindestaufenthalt in Deutschland, solide Kenntnisse der deutschen Sprache und ein klares Bekenntnis zu Deutschland, in der Regel durch Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft.
4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Plänen der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser für ein neues Einbürgerungsrecht und einen erleichterten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit entschieden entgegenzutreten, da derartige Pläne diese grundlegenden Erfordernisse aufweichen würden. Der Landtag lehnt insbesondere die Verkürzung der Wartefrist von acht auf fünf oder sogar drei Jahre sowie die zu weitgehende Anerkennung von Doppelstaatsangehörigkeiten ab.

Begründung:

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser plant, das deutsche Einbürgerungsrecht zu reformieren. Geplant ist u. a. eine deutliche Absenkung der Wartefrist für einen Einbürgerungsanspruch von acht auf fünf oder gar auf drei Jahre. Hier geborene Kinder von Ausländern sollen im Rahmen des Ius-Soli-Erwerbs die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn die Eltern erst fünf (statt bisher acht) Jahre in Deutschland sind. Auf die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit soll künftig generell verzichtet werden. Für besonders lange in Deutschland aufhältige Ausländer soll teilweise ein Nachweis von Sprachkenntnissen entbehrlich werden. Ziel der Bundesinnenministerin ist es, „schneller, besser und mehr“ einzubürgern.

Die deutlich gelockerten Einbürgerungsvoraussetzungen sind integrationsfeindlich und belohnen die fehlende Bereitschaft, sich zu Deutschland zu bekennen. Ein Einbürgerungsanspruch ist integrationspolitisch nur zu rechtfertigen, wenn aufgrund hinreichenden Voraufenthalts in Deutschland regelmäßig auch von einer Integration in die deutsche Gesellschaft ausgegangen werden kann. Bei einer Verkürzung der Voraufenthaltszeit von acht auf fünf Jahre (bzw. drei Jahre) ist das nicht mehr gewährleistet. Gleiches gilt, wenn Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, obwohl deren Eltern erst fünf (statt bisher acht) Jahre in Deutschland sind. Die Absenkung der Anforderungen für Sprachkenntnissen bei Personen, die die deutsche Sprache trotz langjährigen Aufenthalts nicht beherrschen, belohnt zudem deren fehlende Bereitschaft, solche Kenntnisse zu erwerben. Mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit wird ein klares Bekenntnis zu Deutschland abgegeben, was spätere Loyalitätskonflikte vermeidet. Daher kann hierauf als Einbürgerungsgrundsatz auch in Zukunft nicht verzichtet werden.

Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland essenziell. Demgegenüber sind Anreize für eine Zuwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Andreas Lorenz, Dr. Stephan Oetzingler, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/25383

Erst Integration, dann Staatsbürgerschaft – Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht aufweichen

1. Der Landtag betont die Bedeutung der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie der Anstrengungen um die Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, auf Bundesebene für eine deutliche Beschleunigung der Visa-Verfahren an den deutschen Auslandsvertretungen einzutreten, damit dringend benötigte Fachkräfte zügig angeworben und eingesetzt werden können.
2. Der Landtag stellt fest und bekennt sich dazu, dass der Freistaat, auch gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft, viele Maßnahmen ergreift, um die Integration voranzutreiben.
3. Der Landtag sieht den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als das Ergebnis eines erfolgreichen Integrationsprozesses, auf das es sich lohnt hinzuarbeiten: Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten will, muss sich bereits gut in unsere Gesellschaft integriert haben. Gewährleistet wird das unter anderem durch einen mehrjährigen Mindestaufenthalt in Deutschland, solide Kenntnisse der deutschen Sprache und ein klares Bekenntnis zu Deutschland, in der Regel durch Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft.
4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Plänen der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser für ein neues Einbürgerungsrecht und einen erleichterten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit entschieden entgegenzutreten, da derartige Pläne diese grundlegenden Erfordernisse aufweichen würden. Der Landtag lehnt insbesondere die Verkürzung der Wartefrist von acht auf fünf oder sogar drei Jahre sowie die zu weitgehende Anerkennung von Doppelstaatsangehörigkeiten ab.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Tobias Reiß

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Claudia Köhler

Abg. Richard Graupner

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Uli Henkel

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Markus Plenk

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Martin Hagen

Abg. Karl Straub

Abg. Christian Kligen

Abg. Raimund Swoboda

Staatssekretär Sandro Kirchner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Erst Integration, dann Staatsbürgerschaft - Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht aufweichen (Drs. 18/25383)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Rückkehr zum Abstammungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht (Drs. 18/25468)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Tobias Reiß, CSU-Fraktion, das Wort

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine Vereinfachung des Staatsbürgerschaftsrechts.

(Zurufe)

Es gibt bisher keinerlei Fortschritte bei der Rückführung und Bekämpfung der illegalen Migration.

(Beifall bei der CSU)

Die Koalition darf nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen.

(Zuruf: Hört! Hört! – Zuruf)

– Das sagt, liebe Frau Kollegin, kein Unionskollege, sondern, lieber Kollege Hagen, der FDP-Generalsekretär auf Bundesebene.

(Beifall bei der CSU)

Da macht die Frau Bundesinnenministerin einen Aufschlag und wird von der FDP sofort zurückgepiffen. Die eine sagt: Die Reform ist längst überfällig. Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein und werden Mehrstaatlichkeit künftig akzeptieren. Die anderen widersprechen im Bund. – Kollege Hagen hat heute früh zu einer Verteidigungsrede für diese Vorschläge angehoben. Was will denn die Ampel überhaupt beim Staatsbürgerschaftsrecht? Lautet das neue Motto "Lieber schlecht regieren, als nicht regieren"? Sie haben den Koalitionsvertrag unterschrieben. Was in dieser Woche von der Kollegin Faeser vorgeschlagen wurde, ist vereinbart worden. Jetzt gibt es in der Ampel ein Hü und ein Hott: Keiner weiß, was gewollt ist.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schulze hat heute früh in der Aktuellen Stunde ausgeführt, das Grundgesetz sei das Fundament unseres Zusammenlebens. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die Bewehrung, das Eisen in diesem Fundament, also das, was dieses Fundament zusammenhält, ist die Gemeinschaft der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist etwas Wertvolles, ein ernsthaftes und sensibles Thema. Das räume ich ein. Die doppelte Staatsbürgerschaft darf nicht der Regelfall, sondern muss der Ausnahmefall sein. Es ist der völlig falsche Weg, die doppelte Staatsbürgerschaft zum Standardfall zu erklären. Kann es denn richtig sein, zum Beispiel in zwei Ländern zu wählen? Das führt zu Loyalitätskonflikten. Das wäre kein Beitrag zum besseren Zusammenleben. Deshalb muss gelten: Der Pass steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses, jedoch nicht am Anfang.

(Beifall bei der CSU)

Bei besonderen Integrationsleistungen kann man bereits heute schon nach sechs Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Das ist okay. Wer den deutschen Pass in Händen halten will, muss sich mit unserem Land identifizieren und hier nicht nur die Vorteile wie zum Beispiel Reise- und Visafreiheit nutzen wollen. Nach drei Jah-

ren ist das für jemand, der im Land neu ist, viel zu früh. Deshalb gibt es nach unserer Ansicht beim Staatsangehörigkeitsrecht überhaupt keine Handlungsnotwendigkeiten.

Ansonsten bestätigt uns die OECD, dass wir in Deutschland liberalste Regelungen für die Einwanderung haben. Beispielsweise können seit 2020 Fachkräfte mit einer ausländischen Berufsausbildung für sechs Monate einen Aufenthalt zur Arbeitsplatzsuche erhalten. So haben wir das auf Bundesebene mit der SPD im Fachkräfteeinwanderungsgesetz geregelt. Dafür benötigen die Menschen eine anerkannte berufliche Qualifikation und Deutschkenntnisse. Zudem müssen sie während der Suche ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Dass der Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland enorm ist und auch künftig enorm sein wird – darüber sind wir uns wohl tatsächlich einig –, ist aus den Prognosen aller namhaften Institute herauszulesen. Nach einer aktuellen Studie der Vbw geht in der Arbeitslandschaft Bayern das Arbeitskräfteangebot bis 2035 demografiebedingt um rund 700.000 Personen, also um 9 %, zurück. Schon heute prognostiziert der IHK-Fachkräftemonitor in Bayern bis 2030 einen Fachkräfteengpass von 600.000 Fachkräften.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Da muss jetzt zum Beispiel das Auswärtige Amt endlich in die Puschen kommen, seine Aufgaben erledigen und zur Beschleunigung der Visaverfahren geeignete Maßnahmen ergreifen. Es dauert teilweise ein Jahr, bis Visa erteilt werden. Da braucht es eine organisatorische, eine personelle und eine technische Stärkung. Das Visumverfahren müsste längst digitalisiert sein. Auch könnte man Sprachkurse anbieten. Daran hakt es. Aber das ist doch keine Frage der Staatsbürgerschaft. Da muss das Auswärtige Amt endlich vorankommen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gehring, auch wenn Sie es immer nicht hören wollen: Bayern ist deutschlandweit und darüber hinaus das erfolgreichste Land der Integration. In Bayern gelingt

Integration, weil wir hier einen klaren Kurs haben. Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinander und kein Gegen- oder Nebeneinander.

Die zentralen Schlüsselfaktoren für das Gelingen einer erfolgreichen Integration sind das Erlernen der deutschen Sprache, sind gemeinsame Werte und ist vor allem Arbeit. Das war schon immer die Position der CSU. Arbeit ist also das Zentrale. Hier ist Bayern mit Abstand die Nummer eins in Deutschland. Ich habe ein paar Zahlen herausgesucht: In Bayern liegen wir mit einer Arbeitslosenquote von 8 % von Ausländerinnen und Ausländern mit Abstand auf Platz eins; in Deutschland beträgt die Arbeitslosenquote 14,8 %. Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen liegt in Bayern bei 10,9 %, der deutsche Durchschnitt beträgt fast 20 %.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Arbeitslosenquote von Asylbewerbern aus den acht häufigsten Herkunftsländern – Afghanistan, Afrika, Irak, Iran, Somalia, Syrien etc. – liegt in Bayern bei sehr hohen 19 %, aber in Deutschland bei fast 30 %. Der SGB-II-Leistungsbezug liegt insofern in Bayern bei 11,9 %, in Deutschland bei durchschnittlich 20 %, ist also fast doppelt so hoch. Bayern kann sich also mit diesen Zahlen sehen lassen. Wir sind das Land der gelingenden Integration. Wir müssen die in Bayern bereits hohe Integrationsbereitschaft unserer Bevölkerung erhalten. Integration geht uns alle an. Aber das ist zu allerletzt eine Frage des Staatsbürgerschaftsrechts. Da geht es um Werte, um Arbeit und um Sprache. Darum kümmern wir uns in Bayern in ganz besonderer Weise. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vorliegen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Alexandra Hiersemann. Bitte, Frau Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Reiß, da Sie sich so ausführlich zum Fachkräfteengpass geäußert haben, habe ich zwei Bitten an Sie.

Erstens. Verbringen Sie vielleicht einen Mittwochvormittag im Petitionsausschuss; denn in genau diesem Ausschuss passiert es regelmäßig, dass auch bei uns benötigte ausländische Fachkräfte oder Hilfskräfte, obwohl sie seit vielen Jahren hier sind und eine ordentliche Ausbildung mitbringen, entweder durch Ausweisung oder sogar durch drohende Abschiebung eben nicht unserem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Das ist der eine Punkt. Vielleicht wären Sie so freundlich, die Problematik, die Sie gerade geschildert haben, Ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion im Petitionsausschuss näherzubringen.

Zweitens. Bayern steht nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz nicht gar so großartig da; denn es gibt deutliche Zahlen, dass in Bayern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich länger als in anderen Bundesländern dauert. Ist Ihnen das bewusst?

(Beifall bei der SPD)

Tobias Reiß (CSU): Frau Kollegin Hiersemann, Sie wissen, diese Fragen, was die Ausweisung und Abschiebung von Einzelfällen anbelangt, sind allen Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss und insgesamt bei uns in der Fraktion klar und bewusst. Auch wir bemühen uns in allen Einzelfällen um eine gerechte Lösung. Wir sollten uns aber bitte doch auch einig sein, dass wir in den nächsten Jahren über diese Einzelfallproblematik die Fachkräftesicherung und -entwicklung nicht werden abdecken können. Da braucht es klare Regelungen für qualifizierte Fachkräfte. Das werden wir über diese Einzelfallproblematik bei Abschiebungen und Ausweisungen nicht regeln können.

Wir müssen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Sie angesprochen haben, konsequent umsetzen und hier an allen Stellschrauben für die qualifizierte Einwanderung

von Fachkräften sorgen. Da ist die Wirtschaft gefordert. Da ist die Bundesregierung gefordert. Da sind wir alle gefordert. Wir wissen insbesondere, dass es ein hohes Maß an Integrationsleistung auch von unserer Bevölkerung braucht. Deshalb ist es ein sehr sensibles Thema, um das wir uns hier kümmern müssen. – Danke schön.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Frau Abgeordnete Claudia Köhler. Bitte, Frau Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Kollege Reiß, ist Ihnen bewusst, dass Sie unsere Unternehmen wesentlich schädigen, wenn Sie verhindern, dass Menschen, die hier arbeiten, sei es als Hilfskräfte, sei es als Fachkräfte, nicht besser integriert werden und keine Rechte zur Einbürgerung bekommen? Sie schädigen unsere Unternehmen und unsere Wirtschaft massiv, wenn Sie permanent blockieren, dass diese Menschen genauso wie wir alle teilhaben können – selbst nach Jahren, in denen sie sich hier eingebracht und ihre Steuern und Abgaben bezahlt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Reiß (CSU): Frau Kollegin Köhler, Sie wollen hier ziemlichen Unsinn verbreiten. Wir haben klare Regelungen zur Integration ausländischer Facharbeiter. Die Menschen kommen am Ende nicht zu uns, weil sie die Staatsbürgerschaft anstreben, sondern weil sie in Deutschland ein Arbeitsklima und Sicherheit vorfinden. Sie kommen zu uns, weil sie in Deutschland, insbesondere in Bayern, auf eine integrationsbereite Bevölkerung treffen, die wir natürlich nicht überfordern dürfen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe. Aber gerade uns in Bayern vorwerfen zu wollen, wir und vor allen Dingen die Wirtschaft und alle Beteiligten würden nicht alles dafür tun, dass wir den Fachkräftebedarf entsprechend absichern können!

Wer sich integrieren möchte, wer die Sprache lernt, wer sich zu unseren Werten bekennt, der hat am Ende das Recht, auch die Staatsbürgerschaft in Deutschland zu erwerben. In Bayern wurden, glaube ich, letztes Jahr über 90.000 Menschen eingebür-

gert. Das heißt, wir kümmern uns um diese Themen. Wir sind das Land der gelingenden Integration. Das lassen wir uns von Ihnen nicht madigmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Richard Graupner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die geplanten Reformen des Einbürgerungsrechts durch die Ampel-Regierung sind der bevölkerungspolitische Sargnagel Deutschlands. Wenn die Bundesregierung mit einer Antifa-affinen Innenministerin weiter schalten und walten kann, wie sie gerne möchte, dann wird unser Vaterland endgültig in eine multiethnische und multikulturelle Dystopie umgewandelt. Zielstrebig haben die politischen Eliten, und zwar einschließlich der Unionsparteien, über Jahrzehnte hinweg Deutschland de facto in ein Einwanderungsland umgewandelt.

(Beifall bei der AfD – Martin Hagen (FDP): Toll! Gut!)

Aber anders als in klassischen Einwanderungsländern identifizieren sich Eingebürgerte selbst bis zur dritten Generation oft noch mit ihren Herkunftsländern. Das ist auch kein Wunder, wurde doch die deutsche Identität bis zur Unkenntlichkeit der Beliebigkeit preisgegeben. Der eigentliche Souverän, das deutsche Volk, wurde aber nie gefragt,

(Beifall bei der AfD)

ob er mit diesen schwerwiegenden, unwiderruflichen Transformationen einverstanden ist. Aber mit der AfD hat eine Kraft die politische Bühne betreten, welche dieses gigantische sozialtechnologische Experiment benennt, hinterfragt und dort, wo nötig, konsequent bekämpft.

Wir fordern in unserem Antrag die Rückkehr zum deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, wie es bis 1999 Gültigkeit hatte.

(Beifall bei der AfD)

Deutscher soll grundsätzlich wieder nur derjenige sein, der mindestens ein deutsches Elternteil besitzt. Das heißt außerdem, dass Einbürgerungen, die natürlich immer noch möglich sein sollen, nur aus streng nachvollziehbaren Gründen und unter angemessenen Hürden möglich sind. Nicht jeder, der berechtigt oder auch allzu oft unberechtigt nun einmal hier ist, wie es die Kanzlerin einmal gesagt hat, kann deswegen schon Deutscher werden.

Der Antrag der CSU hingegen zeugt wieder einmal von einer allenfalls halbherzigen Kurskorrektur, nicht die erste unter unserem wetterwendigen Markus Söder. Die Stoßrichtung scheint ja zunächst die richtige zu sein. Aber welche Antworten bieten Sie denn auf Fragen, wie sie mir zum Beispiel von alteingesessenen Schweinfurter Bürgern gestellt werden? – Sie sprechen mich an, genauso wie sie auch die Vertreter der anderen Parteien ansprechen, dass sie beim Einkaufen ihre Heimatstadt nicht wiedererkennen, dass sie sich in einem babylonischen Sprachengewirr verloren fühlen,

(Martin Hagen (FDP): Das ist Fränkisch, Herr Kollege! Das ist Fränkisch, was Sie meinen!)

dass sie sich fremd in ihrer eigenen Stadt und fremd in ihrem eigenen Land vorkommen.

(Beifall bei der AfD)

Dieses legitime Recht auf Heimat scheint auch für die CSU keine Rolle mehr zu spielen. Stattdessen stützt Ihr Antrag das Narrativ der angeblich notwendigen Migration von Fachkräften. Dabei wird dieses doch durch die nackten Fakten glänzend widerlegt. Statt Fachkräften wandern überwiegend gering oder gänzlich unqualifizierte Menschen in unsere Sozialsysteme ein und belasten die Steuerzahler. Allein von den einst

hochgelobten, angeblich massenhaft hochgebildeten Fachkräften aus Syrien sind nach wie vor zwei Drittel Bezieher von Sozialleistungen. Wir brauchen aber keine importierten Fachkräfte für den Sozialleistungstransfer. Wir müssen im Gegenteil dafür Sorge tragen, dass unsere eigenen Landsleute, wenn sie arbeitslos und von Sozialleistungen abhängig sind, wo nur möglich wieder in Lohn und Brot gebracht werden.

(Beifall bei der AfD)

Vor allen Dingen müssen die bestehenden Gesetze endlich wieder konsequent angewandt werden. In Deutschland waren 2021 240.000 Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig, davon fast 8.300 allein in Bayern. Wie viele konnten hier in Bayern durch die Staatsregierung abgeschoben werden? – Gerade einmal 1.900. Das sind ein bisschen mehr als 20 %. Wie glaubwürdig sind denn angesichts dieser kümmerlichen Bilanz Ihre Rufe nach vermehrten Rückführungen? Wie glaubwürdig sind Ihre Forderungen, wenn Sie gleichzeitig beschleunigte Visavergaben fordern? – Ich will es Ihnen verraten: Sie sind kein bisschen glaubwürdig.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Eindeutig rechtsradikal!)

Im Gegensatz zu den scheinconservativen Forderungen der CSU sind die migrationspolitischen Forderungen der AfD glasklar und eindeutig. Aufenthaltsrechtlich gilt: Remigration vor Integration – und arbeitsmarktpolitisch: Qualifikation vor Integration. Staatsbürgerschaftsrechtlich fordern wir die Rückkehr zum Prinzip Abstammung statt Aufenthalt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Den Antrag der CSU lehnen wir als nicht weitgehend genug ab und fordern stattdessen dazu auf, unserem Antrag zu folgen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Herr Reiß, "die Geister, die ich rief" haben wir uns gerade anhören müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Liebe Kolleg*innen, bringen wir mal ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte. Herr Reiß, worum geht es bei dem Migrationspaket, das im Bundestag beschlossen wurde? – Es gibt den Teil zur Einbürgerung. Der hat nichts mit Rückführung und Geflüchtetenpolitik zu tun, sondern es geht darum, dass Menschen, die seit vielen, vielen Jahren mit einem festen Aufenthaltsstatus hier leben

(Zuruf von der AfD – Tobias Reiß (CSU): Viele Jahre!)

und die sich auch bisher einbürgern lassen konnten – sie mussten acht Jahre warten –, jetzt schon nach fünf Jahren eingebürgert werden können. Diese Menschen müssen bei Beantragung der Einbürgerung ihren Lebensunterhalt bestreiten können, sie müssen Deutsch auf Stufe B1 sprechen können und eben einen festen Aufenthaltsstatus haben. Viele Länder haben das – Kanada, USA, Australien. In Australien kann man sich schon nach vier Jahren einbürgern lassen, in den USA nach fünf Jahren.

Komischerweise höre ich die Integrationsdebatte bei der CSU immer nur dann, wenn es um etwas mehr Rechte für Migrant*innen geht. Sonst hören wir eigentlich nur, welche Reglementierungen im Integrationsbereich vorgenommen werden. Damit Sie entspannt und beruhigt sind: Weil das auch für unsere demokratische Gesellschaft wichtig ist, muss man außerdem auf das Grundgesetz schwören.

Jetzt emotionalisieren Sie mit dem Thema Mehrstaatigkeit. Mehrstaatigkeit gibt es schon. Wir haben in Bayern über 10.000 Migrantinnen und Migranten, die zwei Staatsangehörigkeiten haben.

(Zuruf von der AfD)

Aber es war bisher nur eine Einzelentscheidung, es gab kein Recht darauf, Mehrstaatigkeit wählen zu können und zu dürfen, wenn man sie gewollt hat. Aber ist das Abendland mit seiner Kultur durch diese 10.000 Menschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten hier in Bayern eingebrochen?

Was erzählen Sie da für Märchen bei der Einbürgerung nach drei Jahren? Nach drei Jahren wird man eingebürgert, wenn man besondere Integrationsleistungen erbracht hat,

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

das heißt, wenn man ein Studium absolviert hat, wenn man ganz schnell einen C1-Sprachkurs abgeschlossen hat; C1 bedeutet, dass ich auf dem Niveau eines akademischen Deutschsprechenden bin. Ich sehe auch solche Fälle, die innerhalb von eineinhalb Jahren auf dem Niveau von C1 Deutsch gelernt haben, die sich noch nebenher ehrenamtlich engagieren und sich in die Gesellschaft einbringen. Wo ist da bitte schön Ihr Problem?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das sind Menschen, die Steuern zahlen. Das sind Menschen, die ihrer Arbeit nachgehen. Das sind Menschen, die sogar in der zweiten, dritten Generation hier leben. Da soll von acht Jahren auf fünf Jahre reduziert werden. Sie vermischen das in der Debatte, weil Sie anscheinend die Bürgerinnen und Bürger draußen für blöd halten. Sie vermischen die Fachkräfteinitiative und -strategie mit Einbürgerung. Was zum Thema Fachkräfte beschlossen worden ist, hat nichts mit Einbürgerung zu tun. Das Problem ist, dass Sie zwar immer wieder ankündigen, etwas gegen den Fachkräftemangel zu tun, aber de facto nichts tun. Ich frage Sie: Wissen Sie, wie lange die Anerkennung der Abschlüsse dauert? – Im Erzieherinnenbereich oder im Pflegebereich gibt es zig Fälle, die ein Jahr warten. Wissen Sie, wie sie die Anerkennungen vornehmen? – Eine

Kinderpflegerin oder Erzieherin erhält die Anerkennung nur für die konkrete Einrichtung, in der sie arbeiten kann. Wenn der Träger die Caritas ist, darf sie nur in dieser Einrichtung arbeiten. Die Caritas kann sie nicht in einer anderen Tageseinrichtung einsetzen, weil die Anerkennung nur für diese Einrichtung gilt. Das gilt genauso im Pflegebereich. Ist das eine moderne Form der Einwanderungspolitik, um Fachkräfte zu gewinnen? Achten Sie doch einmal darauf, was Sie besser machen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Visaerteilung: Sie reden so gerne davon, dass die Visaerteilung so lange dauert. Vor einem halben Jahr hatten wir das Thema "Arbeiterwohlfahrt München braucht Altenpflegerinnen". 13 Menschen – ich glaube, aus Thailand – saßen zehn Monate lang fest, nicht wegen fehlender Visa, sondern weil hier das Gesundheits- und das Innenministerium nicht klären konnten, wer zuständig ist. Deshalb durften keine Visa ausgegeben werden. Ihre Haltung in den Ministerien ist Abschottung und keine moderne Einwanderungspolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das schadet uns als Gesellschaft. Darauf sollten Sie bitte schön achten.

(Tobias Reiß (CSU): Sie wissen, dass das Gegenteil wahr ist!)

Ich habe es satt, jede Woche von Ihnen hier im Plenum zu hören, was in Berlin falsch gemacht wird. Wer arbeitet, macht Fehler. Wenn Sie keine Fehler machen, arbeiten Sie nicht und kümmern sich nicht um die Probleme dieses schönen Bundeslandes!

(Tobias Reiß (CSU): Warum ist es denn so schön?)

Wir haben genügend Probleme. Wir haben ältere Menschen, die sich sorgen, wie sie ihre Energiekosten bezahlen sollen. Wir haben Menschen, die sich sorgen – Alleinerziehende, Familien –, wie sie die Lebensmittelkosten bezahlen sollen. Statt sich wie

andere Bundesländer über ein Entlastungspaket Gedanken zu machen, hören wir hier immer wieder,

(Tobias Reiß (CSU): 1,5 Milliarden!)

was in Berlin anders gemacht werden sollte. Ich verstehe ja, dass Sie einen Phantomschmerz verspüren, weil Sie in die Opposition gegangen sind. Ich verstehe auch, dass dieser Phantomschmerz lange dauert. Statt in den Krieg gegen das Bürgergeld zu ziehen, auf dem Rücken der Menschen, die arbeitslos und an den Rand gedrängt sind, Politik zu machen und dann auch noch zur Münchner Tafel zu gehen – ich hätte mich geschämt –

(Beifall bei den GRÜNEN)

und dort als Ministerpräsident dieses großen Bundeslandes Lebensmittel an diese Menschen zu verteilen, würde ich mir eher Gedanken machen, was hier in Bayern schief läuft und nicht immer wieder mit dem Finger auf Berlin zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Sie zeigen mit dem Finger auf uns!)

Ihre Antwort auf den Fachkräftemangel ist, an das Arbeitsschutzgesetz zu gehen. Die Menschen sollen zehn Stunden arbeiten. Das ist Ihre Antwort auf den Fachkräftemangel! Hier hätte ich von Ihnen als Regierungspartei erwartet, dass Sie mit einem Dringlichkeitsantrag kommen, in dem steht, wie Sie diesem Fachkräftemangel entgegen treten wollen und welche Verbesserungen und Initiativen notwendig sind. Was Sie heute vorgelegt haben, ist ein Armutszeugnis! Die Bürgerinnen und Bürger draußen sind viel klüger. 2017 haben Sie nichts gelernt, 2018 haben Sie nichts gelernt, 2023 werden Sie es lernen!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, wir haben noch Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung macht Herr Uli Henkel. Bitte.

Uli Henkel (AfD): Ja, Frau Demirel von den GRÜNEN, für mich ist es erschütternd, mitansehen zu müssen, wie die Ampel in Berlin, die genau weiß, dass ihr nur noch drei Jahre bleiben – man wird ihr sicherlich keine zweite Legislaturperiode zugestehen –, nun hyperaktiv wird, um diesem Land einen schweren und leider irreversiblen Schaden zuzufügen. Dazu nur vier Punkte: Auch Hardcore-Kriminelle können nach einer Einbürgerung künftig in keinem Fall mehr abgeschoben werden. Die Zahl angeblich deutscher Täter wird in der Kriminalstatistik und in den Gefängnissen drastisch nach oben schnellen. Antisemitische Taten von Menschen aus israelfeindlichen Ländern können dann künftig endlich allen Deutschen in der Bevölkerung angelastet werden. Last, but not least: So wird doch nur das Wählerpotenzial für Grün-Rot massiv erhöht und damit der ganze Wahnsinn perpetuiert. Erklären Sie bitte den Bürgern draußen, die heute dieser Debatte lauschen, welchen Vorteil diese hochgefährliche Einbürgerungserleichterung für die Aufnahmegesellschaft in Deutschland mit sich bringt.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kollege Henkel – "Kollege" auszusprechen fällt mir schwer. Herr Henkel, ich weiß, wes Geistes Kind Sie sind. Mich hat die Rede von Herrn Graupner erschüttert. Mehr sage ich dazu nicht.

(Zuruf: Besser so! – Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Demirel, verehrte Abgeordnete, bitte kommen Sie noch einmal zurück. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Von wem?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bausback!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Von mir.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ah.

(Heiterkeit)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin Demirel, wenn Sie uns hier Polemik vorwerfen, muss ich Ihnen sagen: Ihre Rede trieft vor Unkenntnis und Polemik.

(Zuruf: Jawohl! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Wenn Sie das Thema – ich greife hier nur einen Punkt heraus – der doppelten Staatsbürgerschaft ansprechen und so tun, als sei dies gar keine große Veränderung, stelle ich fest: Ja, wir haben Doppelstaatsangehörige, aber die wesentlichen Fälle dieser Doppelstaatsangehörigkeit sind Menschen, die aus der Wertegemeinschaft Europas kommen –

(Zurufe: Oh!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Haha. Das beantwortet es.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – oder aus Ländern mit dem Abstammungsprinzip stammen und die Staatsangehörigkeiten durch Geburt annehmen. Bei Einbürgerungen, wo wir künftig Doppelstaatsangehörigkeiten akzeptieren, haben Sie künftig Fälle, in denen jemand aus der Volksrepublik China kommt und dann eine Loyalitätsbeziehung zu Deutschland aufbaut, aber gleichzeitig eine Loyalitätsbeziehung – nichts anderes ist die Staatsangehörigkeit als eine Beziehung von Menschen zu einem Staat mit Rechten und Pflichten –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – zu China hat. Das halte ich für einen schweren Fehler.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Bausback!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Damit fügen Sie unserem Land dauerhaft schweren Schaden zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich habe jetzt keine Frage herausgehört. Das war ein Statement, das war keine Frage.

(Zuruf: Fragen beantworten Sie ja nicht! – Alexander König (CSU): Das ist keine Fragestunde!)

– Herr König, ich habe es verstanden. Deshalb sage ich ja: Es war keine Frage, sondern ein Statement. Wir haben unter den über 10.000 Mehrstaatlern in Bayern, die ich gerade aufgeführt habe, viele aus Ungarn, teilweise auch Menschen aus Russland. Ich glaube, das Problem ist, dass Sie die Einbürgerung als eine Verteidigungsarmee betrachten.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Nein!)

Das ist Ihr Fehler. Einbürgerung bedeutet für mich, inwieweit ich mich mit dieser Gesellschaft und dem Grundgesetz identifiziere. Das ist das Verbindende. Daher ist klar, dass dies durch Integration, berufliche Erfahrung, den Erwerb von Deutschkenntnissen, das Verdienen des Lebensunterhalts und das Hiersein mit Familien gegeben ist. Im Übrigen gibt es bei der Einbürgerung massive Überprüfungen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich weiß nicht, ob Sie die Sicherheitsüberprüfungen kennen. Ich würde Ihnen raten, sich das anzusehen. Ich habe eine über mich ergehen lassen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte gleich hierbleiben. – Nein, nein, nein! – Wir haben eine Zwischenbemerkung.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Woher sind die auf einmal gekommen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Alles rechtmäßig angemeldet. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Markus Plenk. Bitte, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Demirel, ich muss Sie zunächst einmal korrigieren. Sie hatten erwähnt, dass man in den USA schon nach fünf Jahren eingebürgert werden könne. Man muss aber dazusagen, dass dies nur dann der Fall ist, wenn man bereits fünf Jahre legal als "Permanent Resident" in den USA gelebt hat. Das heißt, in der Regel dauert es circa zehn Jahre, bis man in den USA eingebürgert wird, in den meisten Fällen sogar noch länger. Die USA sind ja ein sehr beliebtes Auswanderungsland für deutsche Fachkräfte. Im Normalfall ist es so, dass man die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn man die US-Staatsbürgerschaft bekommen hat, abgeben muss. Meine konkrete Frage lautet: Würden Sie sich auch dafür einsetzen, dass diese Deutschen ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten können und damit auch einen Doppelpass hätten?

Gülseren Demirel (GRÜNE): Da ich keine Politikerin in den USA bin, wird es die USA wenig scheren, was ich darüber denke.

(Zurufe von der AfD)

Wir leben in einer globalen, internationalen Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

– Kommen Sie wieder runter, Herr Maier.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Wir leben in einer globalen, internationalen Welt, wo es ganz viele Beispiele gibt. Unsere ehemalige Justizministerin ist Doppelstaatlerin. Der konservative frühere Gouverneur von Kalifornien hat einen österreichischen und einen amerikanischen Pass gehabt. Es gibt zig Fälle. Ich weiß nicht, in welcher Welt Sie leben, dass Sie sich das nicht vorstellen können, oder ob Sie in Ihrem Umfeld niemanden haben. Ich kenne in meinem Umfeld Menschen, die die deutsche und niederländische oder die ungarische und deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Demirel!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Daher verstehe ich nicht, auf welchem Planeten Sie sich befinden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Jetzt habe ich leider keine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung mehr auf der Liste. Jetzt dürfen Sie gehen.

(Heiterkeit)

– Nein, es kommt keiner mehr.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ach so, keine mehr.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Herrn Vizepräsidenten Alexander Hold aufrufen.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Werter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kommen alle wieder ein bisschen runter. Das wäre gar nicht schlecht. – Die Debatte um die Reform des Einbürgerungsrechts kommt mir wie ein mittelmäßiger Eintopf vor. Da wird einiges in den Topf geworfen und umgerührt, was man sauber trennen sollte:

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Von Ihrem Koalitionspartner!)

Einwanderung, Einbürgerung. Die FDP verrührt sogar noch das Gegenteil des Themas in dem Topf mit der unschlagbar unlogischen Agenda "Erst abschieben, dann einbürgern",

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

als müsste man erst mal in den Asylunterkünften Platz schaffen, damit man dann die, die hierbleiben können, in den Asylunterkünften integrieren kann. Wenn die Zutaten so überhaupt nicht zusammenpassen, dann hilft es auch nicht, wenn man das Ganze mit besonders scharfen Emotionen würzt. Also, bitte alle einfach mal durchatmen und erst mal überlegen: Was macht eigentlich Integration aus?

Erstens. Erlernen von Kompetenzen, die man in der aufnehmenden Gesellschaft braucht, also Sprache, Werte und die Rechtsordnung, also die kulturelle Integration.

Zweitens. Eine vergleichbare Einbindung in den Arbeitsmarkt und in den Bildungsmarkt, also strukturelle Integration.

Drittens. Dann die soziale Integration. Die findet in Vereinen, in Freundschaften und auch in Ehen statt.

Viertens. Die identifikatorische Integration, das heißt, das Gefühl, sich mit seinem Wohnland kulturell und national zu identifizieren. Das ist die letzte Stufe der Integration.

Erst dann, meine Damen und Herren, macht es doch Sinn, über eine Einbürgerung nachzudenken. Einbürgerung ist keine Initialzündung für Integration und kein Signal der offenen Arme unserer Gesellschaft, das nach fünf Jahren oder gar nach drei Jahren sinnvoller wäre als nach acht Jahren oder nach sechs Jahren. – Nein, die offenen Arme müssen sich täglich zeigen. Die müssen sich im Sprachkurs, am Arbeitsplatz und im Sportverein zeigen. Dort muss die Integration wachsen. Die deutsche Staats-

bürgerschaft ist dann eher ein Schlussstein. Damit darf sich eine Gesellschaft durchaus Zeit lassen; denn die deutsche Staatsangehörigkeit bringt im Grunde nur Rechte, seitdem wir keine Wehrpflicht mehr haben. Sie bringt viele Rechte: Schutzrechte, Abwehrrechte, das Auslieferungsverbot, konsularische Schutzpflichten des deutschen Staates, Reisefreiheit, politische Teilhabe, Wahlrecht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Und all das ist nicht umkehrbar. Daher muss die Identifikation mit der neuen Heimat verlässlich festgestellt werden. Da habe ich überhaupt kein Verständnis für die Ampelkoalition, wenn sie auf schriftliche Sprachtests für Ältere oder auf Einbürgerungstests verzichten will. Das heißt doch, auf Identifikation zu verzichten. Es ist schon spannend, dass die Kollegin Demirel fünf oder gar drei Jahre als "viele, viele Jahre" bezeichnet. Sind fünf Jahre "viele, viele Jahre", wenn es darum geht, sich in einem neuen Land zurechtzufinden?

Bundeskanzler Scholz irrt, wenn er sagt, wer lange hier lebt und arbeitet, hat den deutschen Pass verdient. Der deutsche Pass ist kein Geschenk für fünf Jahre legalen Aufenthalt. Nein, Integration ist ein Prozess, in dem die aufnehmende Gesellschaft und der Einwanderer zusammenwirken müssen, damit dieser Prozess gelingt.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Jetzt mal ganz ohne Schaum vor dem Mund. Diesen Schaum nehme ich links wahr und besonders ganz rechts. Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist deswegen übrigens im Wortsinne nicht der Rede wert.

(Lachen bei der AfD)

Die Gesellschaft darf und muss so eine Entscheidung doch ganz ohne Schaum vor dem Mund sorgfältig treffen. Das tun andere Länder auch. Natürlich gibt es Länder, in denen man nach fünf Jahren die Chance hat, eingebürgert zu werden. Aber mal ganz ehrlich: Stellen Sie sich vor, Sie kommen als hoch qualifizierter BMW-Ingenieur in die

USA; glauben Sie, dass Ihnen da irgendjemand nach fünf oder gar nach drei Jahren die amerikanische Staatsbürgerschaft anträgt? – Das ist doch Wunschdenken.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Gerade in Berlin habe ich von den GRÜNEN immer gehört: Wir müssen uns an das Recht der Nachbarländer anpassen. – Echt? Müssen wir das? Ich schaue mal: In Österreich dauert es zehn Jahre. In Belgien dauert es zehn Jahre. In der Schweiz dauert es zehn Jahre. In Tschechien dauert es zehn Jahre, in Dänemark neun Jahre. – Ich glaube nicht, dass wir uns angleichen müssen. Aber wir müssen auch nicht das Gefühl haben, wir seien da besonders rückständig.

Frau Faeser irrt übrigens auch. Die rührt nämlich diesen ungenießbaren Eintopf an, wenn sie im Zusammenhang mit der Einbürgerung von Fachkräftemangel und der Anwerbung von Arbeitskräften schwadroniert. Das mögen alles gute Argumente für ein wirkungsvolles Aufenthaltsrecht sein. Aber mit der Einbürgerung hat das alles doch überhaupt nichts zu tun,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

erst recht nicht die beiden Themen – Kollege Reiß hat es schon zitiert –, die die FDP verknüpft, wenn sie Einbürgerung und Rückführungsoffensive in einem Atemzug nennt. Das mag am Stammtisch gut ankommen, allerdings, glaube ich, noch nicht nach der ersten Halben.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Klar, das ist Ihnen peinlich. Aber das steht halt in dem Koalitionsvertrag. Das ist Ihnen wahrscheinlich peinlich. Das ist für mich der Hangover der FDP: Euphorisch die Tinte unter den Ampelkoalitionsvertrag gesetzt und jetzt aufgewacht ohne Erinnerung an das, was man machttrunken unterschrieben hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ob Scholz, Faeser oder FDP: Das ist, ehrlich gesagt, wirklich schade, weil dieses Alles-in-einen-Topf-Werfen beim eigentlich vernünftigen Normalbürger zu einer Antistimmung führt, in der eine vernünftige Diskussion über Arbeitskräfteeinwanderung oder Bleibeperspektiven für länger Geduldete schwierig wird. Das behindert eine Debatte, die wir wirklich brauchen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wir brauchen eine Debatte über Fachkräfte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz nebenbei: Heute ist zu lesen, dass ein modernes Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild von Kanada vorgeschlagen wird. Da müssen Sie nur in früheren Wahlprogrammen der FREIEN WÄHLER nachlesen. Das fordern wir schon seit vielen Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, es ist richtig, dass wir da etwas tun müssen und über Bleiberechte für diejenigen nachdenken müssen, die hier in Arbeit sind und sich nichts zuschulden kommen lassen. Aber das hat alles nichts mit der Einbürgerung zu tun.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn es um Fachkräfteeinwanderung geht, dann müssen wir daran arbeiten, dass die Visaverfahren in den deutschen Auslandsvertretungen endlich schneller gehen und nicht ein Jahr bis eineinhalb Jahre dauern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wir sind jederzeit dabei, die Integration all derjenigen voranzutreiben, die eine Bleibeperspektive haben, und in Sprache, Bildung und Identifikation zu investieren. Aber versuchen Sie doch bitte nicht, uns weiszumachen, man

müsste nur den letzten Schritt als ersten gehen, damit man sein Ziel erreicht. Nicht die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein Katalysator für Integration, sondern Integration ist die Voraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit, meine Damen und Herren. Daher trifft der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion die Sache exakt, das Eckpunktepapier der Ampelkoalition dagegen leider überhaupt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gute Rede!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner: Herr Arif Taşdelen, SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Olaf Scholz und der Bundesregierung und insbesondere unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Beauftragten der Bundesregierung Alabali-Radovan für diese überfällige Reform dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Die Ampelkoalition räumt in so kurzer Zeit so viele Baustellen ab.

(Unruhe – Alexander König (CSU): Die schafft ja nur Probleme, und zwar jeden Tag!)

Sie dagegen von der Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN kommen nicht einmal mehr damit nach, diese Erfolge madig zu machen.

(Alexander König (CSU): Unsinn!)

Gestern war es der Mindestlohn, dann das 9-Euro-Ticket, das 49-Euro-Ticket, das Bürgergeld, und heute ist es die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Ich sage Ihnen eines: Diesmal, mit diesem Thema, spielen Sie mit dem Feuer und gießen Wasser auf die Mühlen von denen, die hier rechts außen im Parlament sitzen. Ganz einfach!

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Kommen Sie zur Sache, bevor Sie mit dem Populismus anfangen! – Thomas Huber (CSU): Wahlprogramm, was Sie hier machen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun zum Antrag: Die ersten beiden Punkte sind unter der Rubrik Augenwischerei einzusortieren. Sie bringen diese Punkte, damit Sie auch in solchen Diskussionsrunden bestehen, wie sie Ministerpräsident Söder führt, wie das beispielsweise letzte Woche geschah. Als wir hier im Plenum um Lösungen für die Menschen in Bayern gerungen haben, war er mit seiner Kinotour "Söder persönlich" unterwegs.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ja und?)

Damit er dort besteht, weil dort auch Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Industrie und Wohlfahrtsverbände sind, haben Sie jetzt so mal diese zwei Punkte reingenommen. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Wir werden alles dafür tun und hart dafür arbeiten, dass Markus Söder seine Kinotour nächstes Jahr nach der Landtagswahl weiterführen kann, dann aber nicht mehr mit dem Kinofilm "Söder persönlich", sondern mit dem Dokumentarfilm "Söder, der ehemalige Ministerpräsident", damit dieser Platz hier endlich mal wieder besetzt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Tobias Reiß (CSU): Wovon träumen Sie nachts? – Alexander König (CSU): Zur Sache haben Sie noch gar nichts gesagt! – Unruhe)

Sie reden hier von Integration, aber die Wahrheit ist, dass der bayerische Innenminister geflüchtete, gut integrierte Menschen, die fünf Jahre und länger hier in Deutschland leben und die vom Chancen-Aufenthaltsrecht profitieren könnten, noch schnell abschiebt. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Ja, so ist es! – Alexander König (CSU): Lesen Sie mal die Rede von Hold nach! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Unfug!)

Die beiden letzten Punkte sind für die Rubrik "Populismus mit Potenzial zur Hetze".

(Zuruf: Unverschämtheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Menschen, die länger als fünf Jahre in Bayern leben, Bayern als ihre Heimat ansehen, gut integriert sind, die deutsche Sprache sprechen und sich einbürgern lassen wollen, können zukünftig eingebürgert werden, weil sie sich bewusst für Deutschland und Bayern entscheiden.

Im Moment dauert eine Einbürgerung im Schnitt zehn Monate. 5,7 Millionen Menschen leben schon länger als zehn Jahre in Deutschland und könnten sich durchaus einbürgern lassen. Warum tun sie das nicht? – Das sehe ich auch in meinem privaten Umfeld: weil das viel zu lange dauert, weil es viel zu aufwendig ist, weil es viele bürokratische Hürden gibt.

Deshalb ist die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts überfällig, und deshalb ist es richtig, was die Ampelkoalition an dieser Stelle macht.

(Alexander König (CSU): Die Rede ist für die Kategorie Populismus! Sie haben noch gar nichts zur Sache gesagt! – Weitere Zurufe von der CSU – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Die kommen wegen der Sozialleistungen! – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor meine Redezeit endet, möchte ich eines noch sagen: Ich bin der Ampelkoalition sehr dankbar dafür, dass sie den Gastarbeitern der ersten Stunde, die älter als 67 Jahre alt sind, denen wir nicht die Möglichkeit gegeben haben, sich zu integrieren, weil sie beispielsweise keinen Sprachkurs erhalten haben, eine erleichterte Einbürgerung gewährt. Das ist das Natürlichste auf dieser Welt.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Taşdelen, es gibt vier Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Sie dürfen auf diese noch antworten. – Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Uli Henkel das Wort. Herr Uli Henkel, bitte schön.

Uli Henkel (AfD): Herr Taşdelen, Fakt ist doch: Qualifizierte Zuwanderung, die wir doch vor allem in der Pflege, aber auch im Handwerk so dringend nötig haben, können wir mit diesem hochnotpeinlich vorgezogenen Geschenk der Einbürgerungserleichterung doch gerade nicht pushen. Diejenigen aber, die nur an unserem Sozialsystem interessiert sind, oder gar die über 200.000 unmittelbar ausreisepflichtigen Menschen, die das Land schon längst hätten verlassen müssen, bekommen doch mit diesem Bleiberecht nun das höchste Privileg, das ein Land zu bieten hat, quasi kostenlos on top. Wo sehen Sie bitte die für eine gelungene Integration doch unabdingbare Win-win-Situation nicht nur für die Migranten, sondern auch für die Aufnahmegesellschaft?

(Zuruf: Schön vorgelesen!)

Arif Taşdelen (SPD): Herr Henkel, der Ministerpräsident Söder hat im Februar dieses Jahres Frau Kamile Erdemir aus Nürnberg den Bayerischen Verdienstorden verliehen. Frau Erdemir ist Migrantin bzw. Gastarbeiterin der ersten Stunde. Sie hat vor 35 Jahren einen Verein für behinderte Menschen gegründet. Seit 35 Jahren leistet sie dort gemeinsam mit ihrer Familie hervorragende Arbeit.

Ich habe heute mit ihr telefoniert und habe sie gefragt, warum sie sich nicht einbürgern lässt. Sie hat gesagt: "Meine Deutschkenntnisse reichen nicht aus, um mich einbürgern zu lassen." Das ist auch eine Frage des Respekts diesen Menschen gegenüber, denen wir damals nicht die Möglichkeit gaben, mit Sprachkursen die Sprache zu lernen, die hier seit über 40 oder 50 Jahren leben, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich einbürgern zu lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER) – Andreas Winhart (AfD): Nach 35 Jahren! – Zuruf von der AfD: Unglaublich! – Uli Henkel (AfD): Eine Sprache lernt man in fünf Jahren! – Gegenruf von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Meldung zu einer Zwischenbemerkung kam vom Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Taşdelen, Sie setzen sich in Ihrer Rede nicht mit den Fragen auseinander, sondern ersetzen Argumente mit Behauptungen und Polemik. Das würde ich Ihnen noch nachsehen; aber wissen Sie, was schäbig ist? – Schäbig ist, wenn Sie die Fragen, die wir hier als Koalition stellen, und jene, die die Union in Berlin stellt, damit totzumachen versuchen, dass Sie uns in die Nähe von rechtsextremen Parteien stellen. Das ist schäbig. Sie scheuen eine notwendige Diskussion und wollen sie mit einer Political-Correctness-Diskussion erdrücken. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Taşdelen, bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Prof. Bausback, um sich in die Nähe der Rechtsradikalen zu rücken, brauchen Sie mich, glaube ich, gar nicht. Das haben Sie schon selber gemacht,

(Petra Guttenberger (CSU): Das ist grenzwertig! So nicht! – Zurufe von der CSU)
indem Sie vorhin in dem Beispiel eines Chinesen, der sich einbürgern lassen will, die Loyalitätsfrage gestellt haben.

(Petra Guttenberger (CSU): Niveaulos!)

Ich kann mich noch an die Schlagzeilen erinnern, als Miroslav Klose, damals deutscher Nationalspieler, das erste Mal für die deutsche Nationalmannschaft auf den

Platz gegangen ist und gegen Polen spielen sollte. Damals lautete die Schlagzeile in der Zeitung mit vier Buchstaben etwa so: Wird Miro Klose für seine ehemalige Heimat Polen oder für Deutschland spielen? – Wir sehen aber, dass das jetzt alles Vergangenheit ist.

(Zuruf: Lieber Klose als so einen! – Zuruf von der AfD: Wo ist das Problem jetzt?)

– Alexander König (CSU): Denken Sie noch einmal darüber nach, was Sie gesagt haben, und schämen Sie sich!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe bekannt, dass nach den nächsten beiden Zwischenbemerkungen der Abgeordnete Prof. Dr. Bausback eine persönliche Erklärung abgeben wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

Wir kommen zur nächsten Zwischenbemerkung: Herr Vizepräsident Alexander Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Taşdelen, ich habe schon etwas Probleme mit Ihrem Wortbeitrag, weil Sie hier einerseits den nötigen Ernst vermissen lassen, wenn Sie uns weismachen wollen, dass Sie sich auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten tatsächlich den Herrn von Brunn vorstellen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auf der anderen Seite wollen Sie uns glauben machen oder wollen unwidersprochen sagen, dass wir den Gastarbeitern der ersten Generation – diese Menschen sind 40 bis 50 Jahre hier – nicht die Möglichkeit gegeben hätten, sich zu integrieren. Ganz ehrlich, das ist gegenüber der bayerischen Gesellschaft, gegenüber all den Menschen, die wohlwollend Einwanderer aufnehmen, aus meiner Sicht wirklich eine Saurei.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Wahnsinn! – Uli Henkel (AfD): Frechheit!)

Arif Taşdelen (SPD): Herr Hold, ich habe gesagt, dass wir hart dafür arbeiten werden, damit dieser Platz hier besetzt wird. Ich habe keine Namen genannt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja eine Distanzierung! – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben Respekt vor dem Votum der Wählerin und des Wählers. Wenn Sie jetzt suggerieren, dass Herr Söder auch nach der Wahl zu 100 % hier sitzen wird, dann lassen Sie den nötigen Ernst vermissen und haben keinen Respekt vor dem Votum der Wählerin und des Wählers.

(Unruhe – Alexander König (CSU): Sie widersprechen sich ja dreimal! – Andreas Winhart (AfD): Sie werden aber auch nicht mehr hier sein!)

Die Wahrheit ist, dass es gegenüber Menschen, die damals zu uns als Arbeitskräfte gekommen sind und nichts anderes gemacht haben, als von früh bis abends zu arbeiten,

(Zurufe von der AfD: Oje!)

die Kinder großgezogen haben und nicht die Möglichkeit hatten – das habe ich tatsächlich gesagt –, sich sprachlich zu integrieren, weil wir ihnen diese Möglichkeit nicht gegeben haben,

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt doch gar nicht! – Andreas Winhart (AfD): Das stimmt doch gar nicht!)

zum Respekt gehört, dass diese Menschen die erleichterte Einbürgerungsmöglichkeit bekommen, indem man von ihnen diese Sprachkenntnisse nicht in dem Maße abverlangt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Taşdelen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Unruhe – Andreas Winhart (AfD): Ausschalten!)

Ich darf Sie um Ruhe bitten. Wir kommen jetzt zur nächsten Zwischenbemerkung: Herr Markus Bayerbach, bitte.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Taşdelen, Sie haben gesagt, das seien Leute, die seit fünf Jahren hier sind, sich in diese Gesellschaft integriert haben, gern in Bayern leben. Erklären Sie mir bitte mal, warum die dann ihre alte Staatsbürgerschaft brauchen.

Ich kann mir nicht vorstellen, wir heute eine Armee zu haben, in der 30 % mit russischer Staatsbürgerschaft, 20 % mit chinesischer Staatsbürgerschaft sind, und wir haben ein Problem gegen Russland. Ich sehe das als Riesenproblem.

Wenn wir schon beim Fußball sind: Man sieht, dass "gut integriert" nicht unbedingt bedeutet, sich mit der Gesellschaft auch wirklich in Einklang zu befinden, Beispiel Özil – große Freundschaft mit Erdogan –, der ihn zum Trauzeugen nimmt. Özil ist für mich, obwohl er immer als so toll präsentiert worden ist, kein Beispiel für gute Integration in unsere Werte.

(Beifall bei der AfD – Andreas Winhart (AfD): Jawohl!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Herr Taşdelen, es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Herr Prof. Dr. Bausback wird nach Schluss der Beratungen – so steht es hier, ich habe es noch mal nachgelesen – –

(Zurufe von der CSU – Markus Bayerbach (fraktionslos): Ich hätte gerne eine Antwort! – Heiterkeit)

Arif Taşdelen (SPD): Darf ich nicht antworten?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Bayerbach, aktuell sind 60 bis 70 % der Einbürgerungen – Kollegin Demirel hat das auch gesagt – sowieso mehrstaatliche Einbürgerungen.

(Uli Henkel (AfD): Schlimm genug!)

Das sind die Fakten. Dass Sie es mit Fakten nicht so haben, das wissen wir ja.

Nachdem der Herr Innenminister und der Herr Ministerpräsident jedes Jahr Neubürgerempfang machen, sich quasi in einem Selfiemeer abfotografieren lassen und das genießen, frage ich: Werden die dann nächstes Jahr mit denjenigen, die schon nach fünf Jahren eingebürgert werden – im Antrag schreiben Sie ja, dass eine Einbürgerung nach fünf Jahren integrationsschädlich und gesellschaftsschädlich ist –,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

keine Selfies machen? Werden Sie die nicht einladen?

(Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU) – Unruhe)

Werden Sie nicht sagen, dass es toll ist, dass sie sich für Bayern und für Deutschland entschieden haben? – Da bin ich mal gespannt.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Sie sind doch ein großer Populist!
Sonst fällt Ihnen nichts dazu ein! – Petra Guttenberger (CSU): Also, das war jetzt sehr schwach! Das ist nicht einmal mehr populistisch, das ist einfach schwach und schlecht!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Taşdelen. – Wir haben jetzt keine weiteren Zwischenbemerkungen.

Ich möchte es noch einmal ausführen: Die persönliche Erklärung von Herrn Prof. Dr. Bausback wird nach Ende der Beratungen, aber noch vor der Abstimmung erfolgen.

Als nächsten Redner darf ich jetzt Herrn Martin Hagen, FDP-Fraktion, aufrufen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns in diesem Saal einig – es wurden ja auch die Wirtschaftsvertreter zitiert –, dass Fachkräfteeinwanderung für unser Land ein Standortfaktor ist. Was Sie, meine Damen und Herren von der CSU, jetzt machen: Sie wiederholen die Doppelpasskampagne von Roland Koch aus dem Jahr 1999. Damit schaden Sie der Fachkräfteeinwanderung,

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

weil damit natürlich an alle Menschen, die sich vorstellen können, nach Deutschland einzuwandern, die aber auch viele andere Möglichkeiten haben, wo sie ihr Talent und ihre Arbeitskraft einbringen könnten, ein Signal ausgeht:

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

nämlich dass hier in Deutschland ein Klima herrscht, in dem sie nicht willkommen sind.

Die Bundesregierung hat sich die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, über das wir hier diskutieren, vorgenommen. Sie hat sich aber auch ein Chancen-Aufenthaltsrecht für die Migranten, die hier seit vielen Jahren in Duldung leben, vorgenommen; wir wollen ihnen endlich ermöglichen zu arbeiten. Sie hat sich vorgenommen, dass wir die Einwanderungsregelungen für Fachkräfte nach kanadischem Vorbild reformieren. Sie hat sich aber auch vorgenommen, dass wir die Migration nach Deutschland ordnen und dass wir eine Rückführungsoffensive

(Lachen bei der AfD)

für die Menschen ohne Aufenthaltsrecht starten. Diese Punkte gehören zusammen. Diese Punkte gehören natürlich zusammen, weil auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für eine Erleichterung der Zuwanderung von Fachkräften oder für einen leichteren Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

davon abhängt, dass wir Ordnung ins System bringen und dass wir die Leute ohne Bleibeperspektive abschieben.

(Lachen bei der AfD)

Deswegen ist es konsistent, wenn die FDP in der Bundesregierung darauf dringt, dass das im Gesamtpaket verhandelt wird und dass das auch im Gesamtpaket passiert. Dann ist das alles insgesamt eine gute Reform.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CSU, es gab einen Ministerpräsidenten in Deutschland, der aus Ihrer Parteilfamilie kam: David McAllister, Ministerpräsident von Niedersachsen – Doppelstaatsbürger. Haben Sie an seiner Loyalität gezweifelt? – Sehen Sie, ich auch nicht.

(Beifall bei der FDP – Andreas Winhart (AfD): Ja! – Beifall bei der AfD)

– Ja, Sie! – Meine Damen und Herren, Sie sind mir die Besten. Sie sind doch die, deren Loyalität im Zweifel nicht Deutschland, sondern Wladimir Putin gehört!

(Lachen bei der AfD)

Dafür brauchen Sie überhaupt keinen Doppelpass!

(Beifall bei der FDP – Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zwei Zwischenbemerkungen – Herr Hold, bitte.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Hagen, an Ihren rhetorischen Fähigkeiten gibt es – wie immer – eigentlich nichts auszusetzen. Sie haben es aber geschafft, hier kein Wort über das Thema des Dringlichkeitsantrags zu verlieren.

(Heiterkeit – Andreas Winhart (AfD): Weil er sich duckt!)

Deswegen schon noch mal die Frage, und ganz losgelöst von den anderen Fragen: Was halten Sie persönlich und die FDP Bayern von dem Vorstoß für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Martin Hagen (FDP): Das neue Staatsbürgerschaftsrecht – ich habe es heute schon in meinem Wortbeitrag zur Aktuellen Stunde gesagt – behält ja die Hürden bei, sprich: Spracherwerb; man muss seinen Lebensunterhalt selber bestreiten; man darf nicht straffällig geworden sein; man muss sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Das nicht mehr nach acht Jahren, sondern nach fünf Jahren zu machen, wie es in den USA der Fall ist – –

(Widerspruch des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER))

– Doch, Herr Hold, das ist in den USA so. Sie können dort nach fünf Jahren Staatsbürger werden.

(Zuruf: Nein!)

Die FDP unterstützt das. Deswegen steht es auch im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der AfD: Fake News!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Zwischenbemerkung von Herrn Karl Straub. Bitte, Herr Straub.

Karl Straub (CSU): Geschätzter Kollege Martin Hagen, ich habe zwei Fragen. – Ich sitze ganz hinten. Servus!

Martin Hagen (FDP): Ah!

(Heiterkeit)

Karl Straub (CSU): Du redest im gleichen Atemzug immer von gut Integrierten und interessanterweise immer auch von der Rückführungsoffensive.

Meine erste Frage: Könnten Sie die Rückführungsoffensive, die Sie hier ja immer so groß ankündigen, mal skizzieren? Wie schaut die genau aus? Was sind die diesbezüglichen Aktivitäten der Bundesregierung? Was wird da unternommen? – Davon hört man nämlich gar nichts.

Meine zweite Frage: Sie reden von gut integrierten Menschen. Ist für Sie ein 2013 eingereister Mann, der seit acht Jahren seine Identität verschleiert, ein gut integrierter Migrant?

(Andreas Winhart (AfD): Er ist es! – Uli Henkel (AfD): Hört, hört!)

Oder ist er das eben nicht? – Der fällt nämlich genauso unter Ihr Chancen-Aufenthaltsrecht wie die tatsächlich gut Integrierten.

Rückführungsoffensive und Identitätsverschleierung – einfach mal zwei Punkte, zu denen Sie bitte Stellung nehmen.

(Unruhe)

Martin Hagen (FDP): Gerne. Zum Thema Rückführungsoffensive: Ich erwarte, dass wir für dieses Thema einen Beauftragten bekommen. Das ist in der Bundesregierung auch so vereinbart. Dieser Beauftragte soll die Aktivitäten zur Rückführung von illegalen Migranten forcieren. Die Rückführung – das wissen Sie – ist Aufgabe der Länder. Wir müssen aber auf Bundesebene mehr dafür tun, dass dieses Thema koordiniert wird, dass wir auch zu Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten kommen. Hier erwarte ich, dass die Bundesregierung diese Stelle besetzt. Dann können wir zugleich auch die Staatsbürgerschaft regeln.

Zum Thema Identitätsverschleierung: Hier kommt es darauf an, was Sie damit meinen. Hat der Mann einfach keinen Pass, weil er keinen dabei hatte, oder hat er falsche An-

gaben gemacht? – Hier würde ich mir den Einzelfall ansehen und dann beurteilen, ob das ein gut Integrierter ist oder nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Christian Klingen. – Bitte, Herr Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bayerns Wirtschaft braucht also dringend Arbeitskräfte durch Zuwanderung. Das ist eigentlich erstaunlich; denn seit 2015 müssten wir längst einen Fachkräftüberschuss haben. 1,5 Millionen Einwanderer wurden uns seitens der Union euphorisch als die dringend benötigten Ärzte, Ingenieure und Facharbeiter angekündigt.

(Zuruf: Goldstücke!)

Nachdem ein großer Teil dieser Neuankömmlinge nachweislich nicht die versprochenen Erwartungen erfüllt hat, lockt die Bundesinnenministerin jetzt mit einem Rundumsorglos-Paket: Einbürgerung schon nach drei Jahren, doppelte Staatsbürgerschaften sollen problemlos und selbstverständlich sein. Einwandererkinder werden dann gleich von Geburt an Deutsche, wenn ihre Eltern gerade einmal fünf Jahre hier leben. Wer schon länger hier ist und es in all der Zeit dennoch nicht für nötig befunden hat, unsere Sprache zu erlernen, soll trotzdem mit Einbürgerung belohnt werden.

Ob das echte, qualifizierte Fachkräfte ins Land holt, wage ich zu bezweifeln. Grundsätzlich kann der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit immer nur das Ergebnis eines längerfristigen, erfolgreichen Integrationsprozesses sein und kein Willkommensgeschenk. Darüber hinaus ist eine doppelte oder gar mehrfache Staatsbürgerschaft weitestgehend zu vermeiden. Wer einbürgerungswillig ist, sollte seinerseits ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu Deutschland abgeben und seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben; denn Mehrstaatigkeit birgt durchaus reale Risiken für spätere Loyalitätskonflikte.

Wer noch im Besitz eines gesunden Menschenverstandes ist, kann daher dem hier vorliegenden Antrag nur zustimmen. Allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Einwanderungspolitik der Ampel lediglich eine erwartbare Fortsetzung dessen ist, was die Regierung Merkel bereits über Jahre hinweg vorbereitet hat. Diese Politik hat die CSU in alter Zeit mitgetragen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Klingen. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Wir haben heute von Herrn Taşdelen gehört, die Agenda der rot-grün-neogelben Ampel in Berlin sei es, Baustellen abzarbeiten. – Das müssen Abrissbaustellen sein. Ich sage Ihnen als Erstes: Die Leistungsstärke der Bundesrepublik Deutschland wird anscheinend abgerissen. Jetzt kommt als aktuelles Abrissthemata: Die Staatsbürgerschaft wird verramscht. Warum denn eigentlich? Wer sagt uns da was?

Heute ist zu diesem Thema viel geredet worden. Das war sehr amüsant. Danke dafür!

(Martin Hagen (FDP): Die einen sagen so, die anderen so!)

Frau Faeser, IM in der Bundesregierung, sagte es vor Kurzem in einem Interview mit dem WDR: Zuwanderer sollen wählen dürfen. – So einfach ist das. Triebfeder dieser Aussage von Frau Faeser und derer aus dem linken, marxistischen Lager, die heute so kritisiert haben, ist der Machterhalt und die Erschließung neuer Wählergruppen für die Ampel-Parteien, auch hier in Bayern.

Was sagt denn eigentlich die Opposition im Bund dazu? Herr Merz, BlackRock-Chef und CDU-Chef, weiß etwas dazu beizutragen, wenn auch etwas Abwegiges. Er sagt sehr wohl, dass Deutschland Fachkräfte brauche – das sagt auch die Wirtschaft –, und zwar aus dem EU-Ausland. Das hören wir schon seit 20 Jahren, und es hat uns nicht weitergebracht. Erinnern Sie sich an die Green Card und die Blue Card! Jetzt kommt, wie es im Antrag heißt, die Chancen Card.

Diese Instrumente haben uns keine Fachkräfte ins Land gezogen. Warum? – Diejenigen, die diese Instrumente eingeführt haben, glauben, dass diese Fachkräfte hochgebildet seien. Nein, das müssen Idioten sein. Wer kommt denn in das Hochsteuerland Deutschland? Hier muss er 66 % seines Einkommens, also zwei Drittel, an den Staat für Steuern, Abgaben, Zwangsabgaben und Sozialversicherungsbeiträge abführen. Glauben Sie, dass Sie Deutschland so zu einem attraktiven Staat für Fachkräfte gemacht haben? – Wo haben Sie denn Ihre Intelligenz gelassen? Keiner kommt unter solchen Bedingungen zu uns.

Wir müssen also etwas tun, damit die Staatsbürgerschaft in Deutschland attraktiv wird. Nein, wir müssen nichts dafür tun. Wir müssen sie einfach verschenken.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Armen dieser Welt kommen zum Sozialamt, in dem Land, in dem, biblisch gesprochen, Milch und Honig fließen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Staatssekretär Sandro Kirchner auf.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war sehr spannend, heute die Debatte mitzuverfolgen. Ich glaube, dass wir uns vor Augen führen müssen, warum wir überhaupt hier stehen und uns auseinandersetzen müssen. Es geht darum, dass die aktuelle Bundesregierung Themen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen möchte. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht soll umfassend reformiert und verändert werden. Hier gibt es eine Meinungsverschiedenheit, bei der es gilt, sich auszutauschen, Meinungen zu bilden und Meinungen abzugleichen. Nichts anderes sollten wir an dieser Stelle tun.

Dass damit Emotionen verbunden sind, ist ganz klar. Ich glaube aber, dass wir am Ende des Tages gemeinsam auf Lösungen hinarbeiten müssen, die wichtig sind. Herr Kollege Hold hat es in seiner Rede gesagt: Wir haben ein Thema, das Gegenstand der Diskussion sein sollte. Mittlerweile haben wir einen großen Topf, in den viele Dinge hineingeschmissen wurden, die sich nicht miteinander vertragen. Dieser Topf, und somit auch die Emotionen, kocht mittlerweile über. Wir müssen aufpassen, dass wir da nicht über das Ziel hinausschießen.

In dieser Debatte müssen wir uns vor Augen halten, dass wir seit sehr vielen Jahren ein Staatsangehörigkeitsrecht haben, bei dem sich gewisse Dinge bewährt und etabliert haben. Wir vergleichen uns gerne mit anderen Ländern und stellen dabei fest, dass die Integration in Deutschland besser gelingt als an anderen Orten. Auch in Bayern ist die Integration bislang sehr gut gelungen. Daran sollten wir anknüpfen. Wir sollten diese Erfahrungen in die Waagschale werfen und schauen, welche Regelungen sich bewährt haben und wo noch nachjustiert werden muss.

Ich glaube, wir müssen genau hinschauen, wenn es darum geht, Regelungen abzuschaffen, die die Integration im Zusammenhang mit der Einbürgerung in Frage stellen. Uns allen ist bewusst, dass die Einbürgerung erst am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen kann. Deshalb ist die Integration besonders wichtig und auch der Schlüssel zum Erfolg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehen wir uns die Vergangenheit an, so sind diese acht Jahre, über die gegenwärtig diskutiert wird, ein Indikator, der eine besondere Bedeutung hat. Die Erfahrung zeigt, dass in diesen acht Jahren die Integrationsbemühungen sehr erfolgreich durchlaufen worden sind und am Ende dieses Prozesses dann die Einbürgerung stehen kann. Mit diesen acht Jahren verbunden ist ein langjähriger Aufenthalt in Deutschland und die Erfahrung der Teilnahme an der Gesellschaft. Die Integration in die deutschen Lebensverhältnisse wird erkennbar. Nach acht Jahren zeigt sich dann, ob das gut funk-

tioniert hat, nicht jedoch nach fünf Jahren. Nach fünf Jahren stellen wir fest, dass vieles gut fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen ist.

Zur besonderen Integrationsleistung: Kollegin Demirel hat es vorhin angesprochen: Es ist super, innerhalb von zwei Jahren eine Sprache zu erlernen; davor habe ich Respekt. Das möchte ich auch können. Als Franke tue ich mich manchmal sogar mit der deutschen Grammatik schwer. Aber Spaß beiseite, damit ist aber natürlich die Integration noch nicht vollzogen. Deswegen ist es auch schwierig. Es ist einfacher, sich mit der Kenntnis der Sprache als solcher zu integrieren, aber die Integration ist damit nicht abgeschlossen.

Deswegen zeigt auch die Erfahrung, dass es dann vielleicht nach sechs Jahren, aber nicht nach drei Jahren – wie von Ihnen gefordert – möglich ist. Da gibt es doch schon noch emotionale Momente, bei denen nachjustiert werden muss. Dementsprechend ist auch klar, dass die Verkürzung der Aufenthaltsdauer für Eltern, damit ihr in Deutschland geborenes Kind die deutsche Staatsangehörigkeit erhält, klar abzulehnen ist. Noch einmal zu den Sprachkenntnissen: Sie stellen an der Stelle das A und O dar; ich habe es schon gesagt. Das ist eine Schlüsselkompetenz, um überhaupt die politische Teilhabe möglich zu machen und zu erfahren, aber auch um generell das Leben in Deutschland organisieren und gestalten zu können.

Deswegen ist es an dieser Stelle wichtig, genau diejenigen Menschen zu unterstützen, die diese Sprachkenntnisse erworben und weiterentwickelt haben, und nicht umgekehrt diejenigen zu belohnen, die zehn Jahre lang überhaupt nichts gemacht und nicht versucht haben, sich zu integrieren.

Bislang war in der Vergangenheit unstrittig, dass, wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft haben möchte, die Aufgabe der anderen Staatsangehörigkeit damit einhergeht. Das ist auch wichtig. Damit besteht das Bekenntnis zu Deutschland, zu den deutschen Werten, zum Staat, zum Grundgesetz und all den Themen, die einem wich-

tig sind. Deswegen ist das nach unserer Sicht auch die regelmäßige Voraussetzung für die Einbürgerung.

Wenn wir das politisch bewerten wollen, belohnt der Verzicht auf diesen Mechanismus genau diejenigen, die sich bislang nicht mit dem deutschen Staat identifizieren, sich nicht in unsere Gesellschaft einordnen wollten und/oder – ich sage einmal – zu Deutschland bekennen wollten. Deswegen ist es schon wichtig, sehr genau darauf zu schauen und zu überlegen, ob damit eine Veränderung einhergehen soll. – Ich glaube, eher nicht.

Zu den Einbürgerungsvoraussetzungen gehört bislang ausdrücklich die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse. Das ist wichtig, da damit auch ein Grundverständnis einhergeht: Die gelungene Integration ist Voraussetzung für die Einbürgerung. Wir sehen den Wunsch und den Vorstoß der Ampelkoalition im Koalitionsvertrag, der auf Integration verzichtet; sie hat für sie keine Bedeutung und ist vernachlässigbar. In anderen Bereichen sehen wir aber, dass nicht gelungene Integration zu vielen Problemen führt.

Das Geburtsortprinzip wurde auch angesprochen; hier distanzieren wir uns ganz klar vom AfD-Antrag. Hier muss es eine Differenzierung geben, weil die Lebenswirklichkeit eine andere ist und uns eingeholt hat. Gerade junge Menschen, die als Kinder ausländischer Eltern in Deutschland aufwachsen und hier geboren sind, sind natürlich ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden, weil sie in die Schule gehen, weil sie im Fußballverein mitspielen, weil sie ihre Freunde hier haben und weil sie die deutsche Sprache sehr gut sprechen.

(Uli Henkel (AfD): Sie können ja auch gerne Fußball spielen!)

Am Ende dieses Prozesses kann und soll natürlich die Anerkennung durch die Staatsbürgerschaft eine durchaus positive Konsequenz sein. – Frau Kollegin Demirel, wir müssen aber schon aufpassen, den Topf nicht zu voll zu machen, weil eine Staatsbür-

gerschaft nicht unmittelbar mit Fachkräften und deren Generierung zu tun hat. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Die zu uns kommende Fachkraft kann am Ende des Tages natürlich hervorragend integriert sein. Wenn die Integration gelungen ist, kann sie die Erlangung der Staatsbürgerschaft zur Konsequenz haben. Das eine schließt das andere nicht aus und umgekehrt.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das habe ich auch nicht gesagt!)

Wir müssen schon aufpassen, dass kein falscher Zungenschlag hineinkommt. Sie sagen immer, die Welt draußen beobachte uns; genau solche Diskussionen führen aber vielleicht auch dazu, dass sie uns falsch sieht und falsch betrachtet.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt! Das waren die CSU-Kollegen!)

Ich bin ganz klar der Meinung und es ist unbestritten: Wir brauchen Fachkräfte für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Für den Wirtschaftsstandort ist es unerlässlich, dass wir uns weiterentwickeln. Wir alle sind Abgeordnete im Bayerischen Landtag; wir müssen doch voller Anerkennung feststellen, dass der Freistaat Bayern bislang schon sehr viel getan hat, dass die Integration von Arbeits- und Fachkräften stattfindet und mit Fördermaßnahmen aus unserem Haushalt, den wir regelmäßig als Haushaltsgesetzgeber verabschieden, unterstützt wird.

Wir stehen engem Schulterschluss mit der bayerischen Wirtschaft, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft genau dort zu bereichern und zu unterstützen. Wir müssen aufpassen, dass kein falscher Eindruck entsteht. Umgekehrt gilt das genauso; es ist vorhin schon angesprochen worden. Es gibt gerade im Großraum München, in Bayern insgesamt und in Deutschland eine Vielzahl von Fachkräften, die schon sehr viele Jahre hier bei deutschen Firmen in Deutschland arbeiten, aber darauf verzichten, die

deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, weil ihnen vielleicht ihre Heimat, andere Werte oder die andere Staatsangehörigkeit wichtiger sind.

Es muss nicht per se damit verbunden sein, deutscher Staatsbürger zu werden. Hier sind die Rahmenbedingungen ganz klar: Eine etablierte Fachkraft, die seit acht Jahren da ist, hat wie jeder andere auch die Chance, sogar schon nach sechs Jahren einen Anspruch auf Einbürgerung, den sie gegebenenfalls sogar entsprechend über den Klageweg durchsetzen kann. – Frau Demirel, Sie nehme ich vielleicht aus, aber zu Kollege Taşdelen:

In der Zeit als bayerischer Abgeordneter – da war ich noch nicht Mitglied der Staatsregierung – gab es einmal Probleme in meinem Stimmkreis. Ich habe beim Auswärtigen Amt bzw. beim entsprechenden Konsulat angerufen und versucht, einen Unternehmer dabei zu unterstützen, dass seine potenzielle Fachkraft ein Arbeitsvisum bekommt. Ich bin da tatsächlich als Landtagsabgeordneter tatsächlich abgeblitzt; ich habe da keine Information bekommen. Wenn wir die Prozesse tatsächlich beschleunigen wollen, dann wäre es schon wichtig, bei den Visaverfahren die Stellschrauben anzusetzen und diese Verfahren zu beschleunigen. Die SPD war im Auswärtigen Amt sehr viele Jahre in der Verantwortung. Die Zugänge müssen hier einfacher werden. Die Verwaltungsprozesse müssen entsprechend schneller und serviceorientierter werden. Der Vollzug muss stattfinden. Dann haben wir einen ganz großen Sprung gemacht, um dort sehr schnell helfen zu können.

Im Übrigen hat der Freistaat Bayern das Seine bereits proaktiv getan. – Arif, du hast vorhin gefragt, was der Freistaat Bayern macht. Du kommst aus Nürnberg; du müsstest es eigentlich wissen. Wir haben dort die Zentrale Stelle für Einwanderung und Fachkräfte, die ZSEF, geschaffen. Ich war selbst dort und habe mir das vor Ort angeschaut. Es gibt Experten vor Ort, die sich anschauen, wie solche Visaverfahren beschleunigt werden können, ob ein direkter Kontakt mit dem Auswärtigen Amt stattfindet, damit dieser Prozess noch schneller ist, um dort entsprechend Arbeitskräfte – –

(Arif Taşdelen (SPD): Die Frage habe ich nicht gestellt!)

– Du hast die Frage nicht gestellt. Dann nimm es trotzdem zur Kenntnis und nimm's mit und sage es deinen Kollegen. Ich weiß nicht, wer es hereingerufen hat. – Wir sind hier als Freistaat Bayern sehr gut aufgestellt. An diesen Stellschrauben müssen wir drehen, um Fachkräfte zu generieren, aber das darf bitte nicht mit der Staatsbürgerschaft und der Einbürgerung vermischt werden.

Deswegen sehe ich den Antrag der CSU sehr positiv und unterstütze ihn auch vonseiten der Staatsregierung. – Zum Antrag der AfD ist schon viel gesagt worden; das muss ich nicht noch einmal hervorheben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Staatsregierung hat um neun Minuten und zweiundvierzig Sekunden überzogen; das der guten Ordnung halber. Ich muss es sagen, anbieten und die Rechte des Parlaments hier vorstellen. Diese neun Minuten könnten jetzt selbstverständlich der Stärke nach auf die Fraktionen aufgeteilt werden, wenn der Wunsch besteht. Wenn ich keine Wortmeldung sehe – –

– Herr Staatssekretär, pardon, es gibt noch eine rechtzeitig angemeldete Zwischenbemerkung. – Lassen Sie mich aber jetzt kurz das andere ausführen: Sie können sich melden. Wenn keine Meldung erfolgt, werden wir das selbstverständlich nicht aufteilen. Dann gibt es noch die persönliche Erklärung. – Aber jetzt zur Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gülseren Demirel. Bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatssekretär, eigentlich wollte ich mich nicht melden, aber nachdem Sie das mehrmals wiederholt haben, habe ich mich bemüht gefühlt, mich doch zu melden. Ich habe mich in meiner Rede bemüht, die Themen Fachkräfteeinwanderung und Einbürgerung klar zu trennen und nicht zu vermengen, wie das Herr Reiß von der CSU-Fraktion gemacht hat. Ich habe mich um Klarheit und Dif-

ferenzierung bemüht, weil Sie mir immer wieder unterstellt haben, die beiden Themen miteinander vermengt zu haben. Das war nicht der Fall, im Gegenteil.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ich habe an uns appelliert, hier kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Dann habe ich es vermutlich falsch beobachtet und wahrgenommen. Wenn Sie noch einmal klarstellen, dass Sie die Generierung von Fachkräften und den Erwerb der Staatsbürgerschaft klar voneinander trennen, dann bin ich damit zufrieden und verstehe das auch, weil es richtig ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich sehe keine Stimmen, die nochmalige Öffnung der Diskussion wollen.

Damit komme ich zur persönlichen Erklärung. Bevor ich Herrn Bausback das Wort gebe, zitiere ich aus dem § 112 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag:

Zu einer Erklärung zur Aussprache von höchstens fünf Minuten wird das Wort erst nach Schluss der Beratung erteilt. Die Rednerin oder der Redner darf nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie oder ihn geführt wurden oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie oder er darf nicht zur Sache selbst sprechen und keine Anträge mit dieser Erklärung verbinden.

Noch ein Satz zur Gegenrede:

Zur Gegenrede kann einem Mitglied des Landtags das Wort bis zu fünf Minuten erteilt werden.

– Damit darf ich Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort zu einer persönlichen Erklärung geben. Bitte, Herr Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, vielen Dank. – Herr Taşdelen hat hier formuliert, ich bräuchte ihn nicht, um mich in die Nähe von Rechtsradikalen zu rücken. –Möglicherweise, Herr Taşdelen, haben Sie die Tragweite Ihrer Äußerung nicht

erfasst und können sich nicht vorstellen, wie ehrabschneidend und beleidigend Ihre Äußerung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf, diese bodenlose Beleidigung zurückzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur Erklärung hat sich Herr Taşdelen gemeldet. Bitte, Herr Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege Prof. Dr. Bausback, mit keiner Silbe habe ich Sie persönlich gemeint. Wenn das bei Ihnen so angekommen ist, dann entschuldige ich mich in aller Förmlichkeit.

(Beifall bei der SPD – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem wir keine weiteren Wortmeldungen haben, kommen wir zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/25383 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klinge und Plenk. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und die AfD; sonst sehe ich niemanden. Enthaltungen bitte. – Sehe ich auch keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25468 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion; sonst sehe ich niemanden. Gegenstimmen bitte! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, die FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klinge und Plenk. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/25385 bis 18/25388 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Sitzung an ihrem Ende. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg! Die Sitzung ist geschlossen. Danke.

(Schluss: 17:12 Uhr)